

Björn Thümler

**Klarer
Kompass.
Fest
verwurzelt.**



Liebe Leserinnen und Leser,

künftig werde ich Sie einmal im Vierteljahr auf diesem Wege über meine Arbeit als Mitglied des Niedersächsischen Landtages, sowie als Kreisvorsitzender der CDU Wesermarsch informieren. Dass das nur auszugsweise möglich ist, liegt an der Themenfülle.

Bitte verfolgen Sie ebenfalls meine Beiträge in den Sozialen Medien und auf meiner Internet-Seite. Und: Wenn Sie mit mir in den Dialog treten möchten, so sind Sie dazu herzlich eingeladen.

2024 wird voraussichtlich ein Jahr voller Herausforderungen werden. Die Zahl und Intensität der internationalen Krisen- und Kriegsschauplätze nimmt zu. Zugleich hält uns die Innenpolitik in Atem.

Die Demonstrationen der Landwirte, Spediteure, Gastronomen und anderer Berufsgruppen haben eindrucksvoll gezeigt, wie breit der Widerspruch gegen die Politik der Ampel-Koalition in weiten Teilen der Bevölkerung ist. (Wir als CDU und ich persönlich haben die erwähnten Protestaktionen unterstützt.)

Herzliche Einladung: David McAllister zu Gast bei uns!



Am **31. Mai** stellt sich David McAllister, Spitzenkandidat der CDU Niedersachsen bei der Europa-Wahl und ehemaliger niedersächsischer Ministerpräsident, dem Dialog mit allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern.

Die Veranstaltung findet von **14.30 bis 16.30** Uhr im „**Butjenter Tor**“ in Nordenham-Abbehausen, Butjadinger Straße 9, statt.

Seien Sie dabei!

Umso wichtiger ist es meiner Meinung nach, dass die CDU als die einzige in ganz Deutschland noch verbliebene Volkspartei ihre Regierungsfähigkeit beweist. Ausdruck davon ist zum Beispiel der Entwurf unseres neuen Grundsatzprogramms, das im Mai 2024 beschlossen werden soll. Der Entwurf belegt: In der CDU sind alle wesentlichen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Innenpolitik, der Energie- und Klimapolitik sowie aller weiteren relevanten Politikbereiche geklärt. Sollte die Ampel-Koalition vor der nächsten Bundestagswahl „auseinander fliegen“, wären wir bereit.

Nun wünsche ich Ihnen eine informative Lektüre dieses Rundbriefes.

Ihr Björn Thümler

Europawahl am 9. Juni: Bitte bekennen Sie sich!

Die Wahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024 geht auch die Menschen unserer Region viel an. Radikale, demagogische und nationalistische Kräfte sind in Europa stark geworden. Diese Kräfte attackieren die unabdingbaren europäischen (und auch christdemokratischen) Werte von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Marktwirtschaft. Auch auf Regierungsebene einzelner europäischer Länder wird der europäische Gedanke vermehrt angegriffen.



@bjoernthuemler

Jochen Steinkamp ist Kandidat von hier!



Sollten sich die Gegner Europas bei der **Europa-Wahl am 9. Juni** durchsetzen, wäre das fatal und gefährlich. Deshalb ist die Europa-Wahl 2024 eine besondere; sie ist nicht mehr und nicht weniger als eine Richtungsentscheidung für die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union.

Ich bitte deshalb die Bürgerinnen und Bürger: Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch und bekennen Sie sich zu einem vereinten Europa!

Die CDU Niedersachsen hat **Jochen Steinkamp** aus Lohne und somit aus dem CDU-Landesverband Oldenburg als Kandidaten auf dem aussichtsreichen vierten Platz der Liste aufgestellt. Seine sympathische Maxime lautet: „*Weniger* oder einfach nur *mehr* Europa ist nicht die Lösung. Mir geht es um ein *besseres Europa!*“ Wir haben die Chance, dass unsere Region von „Einem von hier“ in Brüssel vertreten wird. Und diese Chance sollten wir nutzen.

Mehr über Jochen Steinkamp erfahren Sie im Internet unter: www.jochen-steinkamp.eu

Thümler-Ticker **direkt von hier !**

Auch im Namen des CDU-Kreisverbandes Wesermarsch habe ich allen ehren- und hauptamtlichen Helferinnen und Helfern gedankt, die im Zuge der Hochwasserlage im Dezember und Januar eingesetzt waren. Wegen ihres großartigen Einsatzes blieb das Extremwetter-Ereignis bei aller Dramatik insgesamt noch beherrschbar.

Die niedersächsische CDU-Landtagsfraktion wird den Hochwasserschutz aufarbeiten: im Hinblick auf Deichsicherheit und Speicherkapazitäten sowie die Leistungsfähigkeit der Pumpen und Siele in Niedersachsen. An der Finanzierung der erforderlichen Verbesserungen muss sich der Bund finanziell beteiligen – zum einen über die Gemeinschaftsaufgabe Küstenschutz; zum anderen müssen die Mittel für die Ausrüstung des Katastrophenschutzes aufgestockt werden.



Ein Gruppenbild mit meiner Mitarbeiterin Britta Buntrock und dem Kreisgeschäftsführer der CDU Wesermarsch Karl-Ernst Thümler

Ich antworte gerne auf IHRE Fragen!

 bjoern@thuemler.de
04406 972515



Die **Personalnot an den Kindertagesstätten** treibt mich um. Meine Position (und die der CDU Niedersachsen): Die Ausbildung der Fachkräfte im Bereich der frühkindlichen Bildung muss endlich bezahlt werden. Außerdem müssen Quereinsteiger gewonnen und die Fachkräfte von nicht-pädagogischen Aufgaben entlastet werden. Zusätzliche Anreize könnte eine dualisierte Ausbildung setzen, auch in Vollzeit.

Bestätigt sehe ich mich durch die Bertelsmann-Studie „Fachkräfte-Radar für KiTa und Grundschule 2023“. Demnach fehlen in Niedersachsen inzwischen 41.600 Kita-Plätze. Besonders alarmierend: 56 Prozent der Kita-Kinder in Niedersachsen werden in Gruppen mit nicht-kindgerechten Personalschlüsseln betreut. Dieser Zustand gefährdet die Bildungsqualität und den pädagogischen Auftrag der Kitas.

Ganzes Maßnahmenbündel ist erforderlich

Die medizinische und pflegerische Versorgung steckt auch in unserer Region in der Krise. Ein Patentrezept dagegen gibt es nicht, aber die Politik hat einige Einflussmöglichkeiten.

Auch in den vergangenen Monaten haben mich die medizinische und pflegerische Versorgung stark beschäftigt. Im Landkreis Wesermarsch häufen sich ebenfalls die personellen Engpässe in den Praxen und sogar die Leerstände.

Zwar sind die Einflussmöglichkeiten der kommunalen Politik eher begrenzt. Aber an den vorhandenen Stellschrauben muss in der Wesermarsch verstärkt gedreht werden – und vor allem koordiniert.

Ich meine: Die einzelnen Städte und Gemeinden sollten ihre Synergien bündeln anstatt bei dem Thema miteinander zu konkurrieren; die bereits aktive Pflegekonferenz auf der Ebene des Landkreises könnte um den Aspekt der ambulanten ärztlichen Versorgung erweitert werden.

Einen Überbietungswettbewerb verlieren alle

Wie dramatisch die Lage auf längere Sicht noch werden könnte, geht aus der Prognose „Ärztebedarf in Niedersachsen 2035“ der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN) hervor. Demnach wird der hausärztliche Versorgungsgrad in der Wesermarsch auf 65 Prozent sinken. Auch bei fast allen Fachärzten ist die Tendenz negativ und besorgniserregend.

Finanzielle Anreize der Kommunen alleine können die Problematik nicht entschärfen.

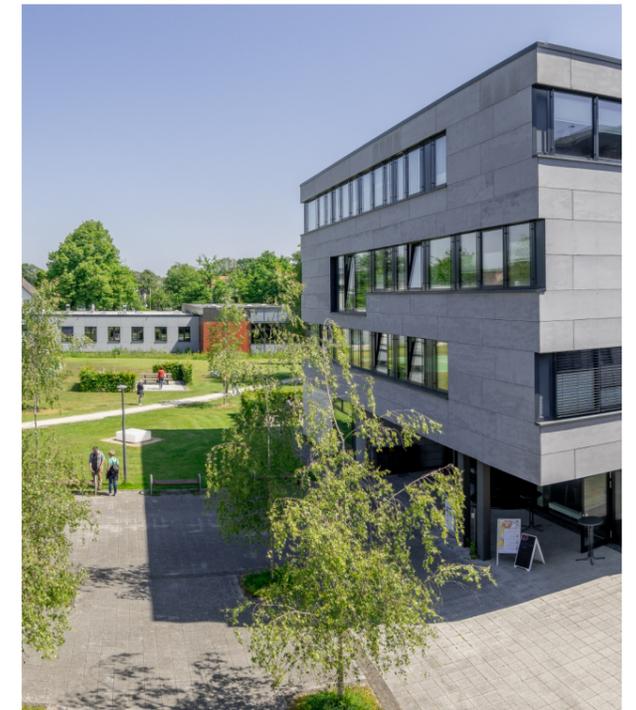
Denn bei einem solchen „Überbietungswettbewerb“ sind immer Städte und Gemeinden im Rennen, die mehr Geld anbieten als andere.

Vielmehr ist ein ganzes Maßnahmenbündel erforderlich. Zum Beispiel müssen die potenziellen Anwärter auf eine Arztstelle von der Familienfreundlichkeit ihrer künftigen Heimat fest überzeugt sein und davon, dass ihr Partner beziehungsweise ihre Partnerin in der Wesermarsch passende Arbeitsmöglichkeiten vorfinden würde. Darüber hinaus möchte ich Stichpunkte anführen wie den Ausbau von Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten auch über das Internet sowie ein Netzwerk von Gemeindefranchisestellen und Gemeindefranchisestellen.

Uni Oldenburg benachteiligt

Ein herausragender Ansatzpunkt für eine verbesserte Lage ist nach meiner Überzeugung das Medizinstudium. In meiner Amtszeit als niedersächsischer Wissenschafts- und Kulturminister von 2017 bis 2021 wurden die Kapazitäten um mehr als 30 Prozent ausgebaut, von 598 Plätzen im Studienjahr 2017/18 auf 789 im Studienjahr 2022/23. Auch in Oldenburg wurde die Zahl auf 120 Plätze innerhalb von vier Jahren verdreifacht.

In diesem Zusammenhang beunruhigt mich die aktuelle Förderrichtlinie „Potenziale strategisch entfalten“ des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur sehr. Mit einem Budget von 265 Millionen Euro verspricht sie eine bedeutende Investition in die Forschungsideen der Hochschulen des Landes. Doch bei genauerer Betrachtung dieser Ausschreibung zeigt sich eine bedenkliche Ungleichheit, vor allem im Bereich der Medizin. Und besonders benachteiligt wird die Uni-Medizin Oldenburg (UMO).



Während die Medizinische Hochschule Hannover (MHH), die Uni-Medizin Göttingen (UMG) und sogar die Tierärztliche Hochschule Hannover (TiHo) als förderfähige Einrichtungen aufgeführt sind, wird die UMO gänzlich ausgeschlossen. Diese Diskrepanz löst nicht nur Irritation, sondern auch Enttäuschung an unserer heimischen Hochschule aus.

Sie wären gerne noch aktueller informiert?

Dann schauen Sie auf Instagram und Facebook vorbei unter @bjoernthuemler



Auch tiermedizinische Versorgung in der Krise

Über die rein medizinische Versorgung hinaus dürfen wir auch die immer *drängendere Pflege-Problematik nicht aus den Augen verlieren*. erinnert sei an den Pflegebericht für den Landkreis Wesermarsch, der bereits im September 2020 vorgestellt wurde. Er besagt unter anderem, dass bis 2035 im Landkreis Wesermarsch 350 Plätze in der Pflege fehlen werden. Hinzu kommt das Fehlen von 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der ambulanten und weiteren 480 Beschäftigten in der stationären Pflege.

Im Fazit des Pflegeberichtes heißt es:

„...dass eine Weiterentwicklung unbedingt notwendig ist, um die zukünftigen Herausforderungen angesichts der Bevölkerungsentwicklung zu bewältigen“.

Ein anderer Aspekt der medizinischen Versorgung betrifft nicht uns Menschen, sondern unsere tierischen Mitbewohner. Auch im Bereich der tiermedizinischen Versorgung haben wir es mit einer zunehmenden Zahl an Praxisschließungen und einer eingeschränkteren notfallmedizinischen Versorgung zu tun. Tierärzte haben mir gegenüber unter anderem geschildert, dass sie sich dringend einen Bürokratieabbau und aktualisierte Studiumsinhalte vor allem zu den Themen Ökonomie und Kommunikation wünschen. Letzteres würde den selbstständigen Betrieb einer Tierarztpraxis erleichtern.

Ein anderer Aspekt: Den Haustierpraxen ist es zurzeit verboten, Mitarbeiter wie Klinikärzte zum Dienst einzuteilen. Das Arbeitszeitgesetz erlaubt Ausnahmen für Humanmediziner, aber nicht für Tierärzte. Ich meine: Alle Notdienstberufe sollten gleich behandelt werden und am Wochenende und nachts einsatzfähig sein. Schließlich richten sich kranke Tiere nicht nach dem Wochentag oder dem Dienstplan.



Hier sehen Sie ein Bild von meinem Tagespraktikum bei der Altenpflege

Thümler-Ticker **direkt von hier !**

Ich freue mich über meine **Berufung in die Synode der Evangelisch-lutherischen Kirche** in Oldenburg, dem obersten Organ der Kirche. Unter dem Dach der Evangelisch-lutherischen Kirche in Oldenburg sind sechs Kirchenkreise mit rund 382.000 Mitgliedern zusammengeschlossen. Einer davon ist der Kirchenkreis Wesermarsch. Die Synode nimmt stellvertretend für die Gemeinden die geistliche und rechtliche Verantwortung für das Leben der Kirche wahr. Ihre Amtszeit beträgt sechs Jahre.

Die Synode besteht zu einem Drittel aus Pastorinnen und Pastoren sowie zu zwei Dritteln aus anderen Gemeindegliedern. 54 Mitglieder werden von den Kreissynoden gewählt. Weitere sechs Synodale werden vom Oberkirchenrat berufen, darunter auch ich.



Einen Tag lang war ich **Eintagespraktikant der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH)** und fuhr als dritte Kraft auf einem Rettungswagen der JUH Berne-Bardenfleth mit. Das dabei Erlebte hat mich sehr beeindruckt. Die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der Wache nötigt mir hohen Respekt ab. Ich würde mir wünschen, dass wir als Gesellschaft dieser Arbeit wieder mit mehr Wertschätzung und Aufmerksamkeit begegnen. Für mich steht fest: Jeder Euro, der in den Rettungsdienst investiert wird, ist ein sinnvoll angelegter Euro.

RESPEKT!

Moorlandschaften-Transformation ist Aufgabe für Generationen

Die Diskussion um die Moorvernässung bewegt die Gemüter. Falsch umgesetzt, drohen massive Wohlstandsverluste nicht nur für die Landwirtschaft

Das Thema der **Moorvernässung** wird immer dringender. Und es geht längst nicht nur die Landwirte etwas an. Denn deren Geschäftspartner, die Tourismuswirtschaft und nicht zuletzt viele Bürger sind ebenfalls direkt oder indirekt von ihr betroffen.

Wem die Moore überhaupt gehören

Als CDU in der Wesermarsch haben wir uns der Debatte unter anderem bei gut besuchten Diskussions- und Informationsveranstaltungen gewidmet. Dabei waren die **Sorgen der einheimischen Bevölkerung** greifbar.

Für die Diskussion um die Moorvernässung in der Wesermarsch und anderen Teilen Niedersachsens ist die Frage wichtig, wem die Moore im Land überhaupt gehören. Hier habe ich mir Klarheit verschafft.

Nach meinen Informationen sind 353.962 Hektar beziehungsweise **73 Prozent** der 484.000 Hektar **Moor in privatem Eigentum**. Dem Land Niedersachsen gehören 31.303 Hektar, den Städten und Gemeinden 28.595 Hektar. Die Landkreise und die Region Hannover verfügen über 23.581 Hektar. Der Bund ist Eigentümer von 14.468 und die Niedersächsischen Landesforsten von 13.892 Hektar. Vereine, Verbände und Stiftungen bringen es auf 9.466 Hektar; Kirchen sind mit 6.216 Hektar vertreten.

Für mich ist völlig klar: Moorschutz darf nicht dazu führen, dass der Landwirtschaft der Todesstoß versetzt wird.



v.l.n.r.: Claus Plachetka, Malte Lübben, Dr. Karsten Padeken, Jochen Steinkamp, Dr. Arno Krause, Heiko Holthausen und Björn Thümmler

Schnellschüsse müssen vermieden werden

Vielmehr geht es um den Interessenausgleich zwischen den Belangen des Klima- und Umweltschutzes auf der einen und der Landwirtschaft auf der anderen Seite. Schnellschüsse müssen vermieden werden. Die Transformation der Moorlandschaften ist eine Generationenaufgabe. Diese muss gründlich anstatt überstürzt angegangen werden.

Auf keinen Fall dürfen die Landwirtinnen und Landwirte mit entwerteten Flächen da stehen – noch dazu unter dem Gesichtspunkt der Altersvorsorge. Der wird für diese Berufsgruppe immer bedeutsamer.

Stets im Hinterkopf müssen wir behalten, dass nach Berechnungen des Grünlandzentrums Ovelgönne in den Moorgebieten entlang der Nordseeküste rechnerisch etwa 1,3 Milchkühe pro Hektar

Interessenausgleich zwischen Klima- und Umweltschutz und der Landwirtschaft

Moorboden zur Wertschöpfung beitragen. Demnach würde der Ernährungswirtschaft (inklusive vorgelagerte Stufen der Wertschöpfungskette und Dienstleistungssektor) durch eine Vollvernässung ein Verlust an Deckungsbeiträgen aus Milchviehhaltung in Höhe von rund 203 Millionen Euro pro Jahr drohen. Bei einer schwach torfzehrenden Nutzung läge der Verlust bei 202 Millionen Euro. Und bei hundertprozentiger Vernässung und schwach torfzehrender Bewirtschaftung wären es sogar 224 Millionen Euro jährlich.

Auf freiwillige und kooperative Ansätze bauen

Hinzu kämen die Vorkosten aus der Milchwirtschaft. Letztlich würden der Küstenregion zwischen 472 und 672 Millionen Euro aus der Milchviehhaltung entzogen. Das ginge mit dem Verlust von Arbeitsplätzen einher, zwischen 29.000 und knapp 49.000.

Ich zweifle nicht daran, dass der Erhalt der Moore für den Klimaschutz und den Schutz der Biodiversität unverzichtbar ist.

Beim Schutz der Moore und Moorböden sollte die Politik jedoch in erster Linie auf freiwillige und kooperative Ansätze bauen.

Enteignungen sind der falsche Weg; Kompensationszahlungen müssen stets mitbedacht werden.

Moor ist zweifellos eine unvergleichliche Heimat von Tieren, Pflanzen und Familien. Darum ist es wichtig und richtig, bei der Renaturierung der Moore und beim Moorbodenschutz neben schützenswerter Natur auch die Menschen zu integrieren, für die das Moor Heimat und Lebensgrundlage bedeutet.

Ein **Gruppenfoto** von einer gelungenen **Veranstaltung zum Thema Moorvernässung!**

Besuch bei Ethic Train in Nordenham

Herausragendes Projekt braucht Hilfe

Ein herausragendes Präventions-Projekt, auf das wir in der Wesermarsch stolz sein können – so bewerte ich die Arbeit des Vereins Ethic Train. Bei einem Besuch des Kontaktraums des Vereins in Nordenham habe ich Gespräche mit den Vorständen Daniel El-Khatib, Cathleen Leonardi und Elwin Foo geführt.

Mein Fazit:

Die wertvolle Arbeit des Vereins sollte noch bekannter gemacht werden. Dazu will auch ich mit regelmäßigen Besuchen meinen Beitrag leisten.

Starke Basis für ein erfülltes Leben

Dank Gruppentreffen, Coaching und anderen Maßnahmen können Kinder und Jugendliche unter dem Dach von Ethic Train mehr Selbstvertrauen und innere Stärke gewinnen. Daniel El-Khatib formulierte: „Wer sich seines eigenen Wertes und der vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten seines Lebens bewusst ist, hat eine starke Basis für ein erfülltes Leben!“ Die jungen Menschen sollten ein „liebvolles Bewusstsein entwickeln können – für sich und für andere“. Das sei ein „Weg zur Gestaltung des eigenen Selbst und zurück zur Eigenverantwortung“, so der Vereinsvorsitzende.

Zurzeit werden rund 50 Kinder und Jugendliche ab zwölf Jahren vor Ort unterstützt. Dabei finden sie in der Fußgängerzone einen geschützten Raum vor.

Das Angebot des Vereins ist für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kostenfrei. Trotzdem fallen Kosten an. Die Vorstandsmitglieder schilderten mir, wie sehr sie mit dem Generieren von Fördermitteln beschäftigt sind, damit das kostenfreie Gruppen-



v.l.n.r.: Cathleen Leonardi, Elwin Foo, Björn Thümler, Daniel El Khatib

angebot ermöglicht wird. Das kostet Zeit. Und die könnte für das Stärken der jungen Menschen wesentlich sinnvoller eingesetzt werden. Deshalb sollte nach meiner Auffassung eine dauerhafte finanzielle Hilfe für den Verein von öffentlicher Hand das Ziel sein. Das muss geprüft werden. Angebunden an den Verein und zugleich unabhängig von ihm sind Cathleen Leonardi und Daniel El-Khatib vor allem an Schulen als Anti-Gewalt-Trainerin beziehungsweise Jugendcoach tätig.

Termin beim OOWV in Brake

Viel Handlungsbedarf beim Thema Wasser

Wassermanagement in Zeiten des Klimawandels – das ist etwas, das nach meiner Ansicht auch in der Wesermarsch viel intensiver diskutiert und angepackt werden sollte. Nach einem Gespräch mit **Karsten Specht**, Geschäftsführer des Oldenburgisch- Oostfriesischen Wasserverbandes (OOWV), sehe ich mich in dieser Einschätzung bestätigt – und motiviert, das Thema auch in der Landespolitik stärker zu verankern.

„Auch jede Privatperson kann Wasser sparen“

Karsten Specht

Der Geschäftsführer erläuterte mir, dass der Wasserbedarf immer mehr wächst. Laut Specht verzeichnet der **OOWV** bereits einen deutlich höheren Wasserbedarf, als im Generalplan 2013 prognostiziert wurde: Der Wasserbedarf liegt schon auf einem Niveau, das im „Szenario Wachstum+“ erst für das Jahr 2028 erwartet wurde. 2026 könnte der mögliche Grundwasserbedarf bei rund 92 Millionen Kubikmetern pro Jahr liegen; 2019 waren es noch 79,26 Millionen.

Zugleich sind die Wasserrechte für öffentliche Wasserreserven im OOWV-Gebiet bereits zu 88 Prozent ausgeschöpft. Als Gründe gelten nach Darstellung des Verbandes weitreichende Vorgaben im Bereich des Umweltschutzes durch den Gesetzgeber.

Karsten Specht führte weiter aus, dass die erhöhten Wasserentnahmen aufgrund klimatischer Veränderungen die Wasser- und Speicherpumpwerke und das Versorgungsnetz zunehmend belasten würden. Ein behutsamerer Umgang mit dem Element Wasser ist aus meiner Sicht dringend erforderlich: Dazu kann auch jede Privatperson ihren kleinen Beitrag erbringen.

Nach meiner Auffassung sollte der Einsatz wassersparender Bewässerungstechnik in der Landwirtschaft (einschließlich Gartenbau) ebenso gefördert werden wie der



Bau von Speicherbecken: In denen kann unbelastetes Prozesswasser und Wasser im Falle von Starkregenereignissen etwa für Zwecke der landwirtschaftlichen Feldberegnung zurückgehalten werden. Sielverbände müssen ebenfalls finanziell großzügiger unterstützt und Schöpfwerke in den gewässerreichen Landesteilen ertüchtigt werden. Ferner braucht das Wassermanagement eine aktuellere und differenziertere Datenlage. Darüber hinaus sollte das Niedersächsische Kooperationsmodell Trinkwasserschutz weiter entwickelt und finanziell besser ausgestattet werden. Dessen Hauptziel: Die Grundwassergüte als zentrale Quelle der öffentlichen Wasserversorgung werden gesichert und verbessert.

Thümler-Ticker **direkt von hier !**

Um die medizinische Sicherstellung der **Frauengesundheit** ging es bei einer Diskussionsveranstaltung der „Interessengemeinschaft Frauengesundheit Nordwest“, bei der auch ich auf dem Podium saß. Dabei wurde mehr Kooperation zwischen den Landkreisen Wesermarsch, Wittmund und Friesland gefordert. Völlig zu Recht: Denn wir müssen weg von den Kreisgrenzen, damit Frauenheilkunde und Geburtshilfe in der Region gewährleistet bleiben.



Auch ich bin **gegen den erstarkenden Rechtsextremismus** auf die Straße gegangen und habe in Brake mitdemonstriert. Wir müssen uns energisch für unsere freiheitliche Demokratie stark machen und allen Feinden dieser Prinzipien entschieden die Stirn bieten. Dies erfordert ein aktives Engagement sowohl in der Öffentlichkeit als auch im privaten Gespräch. Die Freiheit, die wir genießen, ist keineswegs selbstverständlich; wir müssen sie jeden Tag aufs Neue verteidigen.

Gefällt Ihnen der Newsletter?

Schreiben Sie mir gerne Ihr Feedback

E-Mail: bjoern@thuemler.de Telefon: 04406 972515

Unterrichtsversorgung in Niedersachsen rekordverdächtig niedrig...

Das Kultusministerium muss endlich handeln. Das sieht zum Beispiel auch der Landesrechnungshof so und tadelt die Ressort-Chefin in deutlichen Worten.

Einige Maßnahmen würden die dramatische Situation an den Schulen verbessern

Die verfehlte Bildungspolitik des Landes hat mich in letzter Zeit auf Trab gehalten und ein Ende sehe ich nicht. Wie groß der Leidensdruck ist, zeigt zum Beispiel der im Januar 2024 publizierte Prüfbericht des Niedersächsischen Landesrechnungshofes zur Unterrichtsversorgung an den Schulen. Die Behörde ist für die unabhängige externe Finanzkontrolle des Landes zuständig. Ausdrücklich widerspricht sie der Kultusministerin; die hält den Pflichtunterricht auch bei einer Unterrichtsversorgung von unter 100 Prozent für gesichert.

2.600 Lehrkräfte wären schnell bereit

Die Inhalte des Berichtes zusammengefasst:

Die Unterrichtsversorgung im Schuljahr 2022/23 betrug 96,3 Prozent. Das ist laut Behörde der niedrigste Wert seit mehr als 40 Jahren. Von ausgeschriebenen 1.753 Lehrstellen konnten bis zum Schuljahresbeginn lediglich 1.425 besetzt werden. Der Niedersächsische Landesrechnungshof sieht „dringenden Handlungsbedarf“. Nach seiner Einschätzung könnten rechnerisch rund 2.600 Lehrkräfte zusätzlich Pflichtunterricht erteilen, sofern es in den Bereichen Ganztage, Verwaltung und IT zu Änderungen durch das Kultusministerium kommt.

Mehr als 2.000 Lehrkräfte könnten sukzessive nach Stundentafel unterrichten, falls vollständig auf den Einsatz von Lehrkräften für außerunterrichtliche Ganztagsangebote verzichtet würde.

Die Lehrkräfte werden ebenfalls durch Verwaltungsaufgaben vom Klassenraum ferngehalten. Nach Zahlen des Niedersächsischen Landesrechnungshofes wurden zuletzt insgesamt mehr als 340 Lehrkräfte eingesetzt, damit sie Schulgirokosten bearbeiten oder Reisekosten abrechnen.



Teilzeitkräfte zu höheren Stundenzahlen motivieren

Der aktuelle Prüfbericht des Niedersächsischen Landesrechnungshofes zur Unterrichtsversorgung an den Schulen ist eine schallende Ohrfeige für die Kultusministerin. Die Behörde ist für die unabhängige externe Finanzkontrolle des Landes zuständig. Ausdrücklich widerspricht sie der Kultusministerin, die den Pflichtunterricht auch bei einer Unterrichtsversorgung von unter 100 Prozent für gesichert hält. Die Unterrichtsversorgung im Schuljahr 2022/2023 betrug 96,3 Prozent. Das ist laut Behörde der niedrigste Wert seit mehr als 40 Jahren. Der Niedersächsische Landesrechnungshof sieht „dringenden Handlungsbedarf“. Nach seiner Einschätzung könnten rechnerisch rund 2.600 Lehrkräfte zusätzlich Pflichtunterricht erteilen, sofern in den Bereichen Ganztags, Verwaltung und IT durch das Kultusministerium Änderungen veranlasst werden. Außerdem kritisiert der Niedersächsische Landesrechnungshof, dass knapp 90 Prozent der Abordnungen an Hochschulen der Erlasslage widersprechen. Der Prüfbericht ist wertvoll. Ich meine: Die dort aufgezeigten Maßnahmen zur Entbürokratisierung könnten und sollten von der Kultusministerin umgehend umgesetzt werden.

Schlechte Planung verschärft Unterrichtsausfall

Drittens müssen Maßnahmen wie ein verbesserter Quereinstieg, die Akquise von Pensionären sowie die Anerkennungsverfahren aus dem Ausland und anderen Bundesländern endlich angepackt werden.

Der Unterrichtsausfall wird durch schlechte Planung seitens des Kultusministeriums erheblich verschärft. Der letzte „echte“ Personalplan des Kultusministeriums stammt aus dem Jahre 2009. Und auch heute werden Prognosen nur sehr eingeschränkt vorgenommen.

Festzuhalten ist meines Erachtens: Die von der Kultusministerin vorgeschlagenen Lösungen wie etwa der Ausbau multi-professioneller Teams sind unzureichend und fehlerhaft. Die so genannte Politik der 1.000 Schritte zeigt keine Wirkung, sondern besteht lediglich aus dem



Auflegen neuer Prozesse und Dialogformate. Und es ist einfach nur zynisch, wenn die Kultusministerin bei der Unterrichtsversorgung den Eindruck erweckt, als wenn sie Grund zum Stolz hätte. Das absolute Gegenteil ist der Fall.



Fahrten zum Landtag in Hannover: Auch 2024 lade ich Sie wieder ein!

Auch 2024 lade ich wieder interessierte Bürgerinnen und Bürger zu Fahrten zum Niedersächsischen Landtag ein.

Sie können sich in meinem Bürgerbüro melden. Sowohl Vereine, Initiativen und ähnliche Zusammenschlüsse als auch Einzelne sind bei den Busfahrten in die Landeshauptstadt willkommen. Bis auf 15 Euro für die Busbenutzung entstehen keine Kosten.

In der Regel beginnen die Landtags-Besuche mit einer Filmvorführung und der Besichtigung des Plenarsaales. Häufig ist auch die Teilnahme an einer Landtagssitzung möglich. Bestandteil der Abstecher nach Hannover ist ferner eine Diskussionsrunde mit mir (und anderen Politikern).

Kontakt: bjoern@thuemler.de; Telefonnummer: 0 44 06/97 25 15;
Fax: 0 44 06/97 25 16.



Ihr Kontakt zu mir!

**CDU-Bürgerbüro Berne
Lange Straße 15
27804 Berne**

**Telefon: 04406 972515
Fax: 04406 972516**

**E-Mail: bjoern@thuemler.de
www.bjoern-thuemler.de**

**[https://www.facebook.com/
bjoern.thuemler/?locale=de_DE](https://www.facebook.com/bjoern.thuemler/?locale=de_DE)**

Fotonachweise:

Thomas Klaus
Privates Archiv
CDU-Multimedia Datenbank
© Daniel Schmidt (Uni.Oldenburg)

